

Lebensmittelskandale und kein Ende...
Überblick über die wichtigsten Katastrophen und Skandale
auf dem Gebiet der Lebensmittel
in dem Zeitraum 1981 - 2004

„Eine ganze Serie von Lebensmittelkrisen hat in den letzten 20-30 Jahren das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel schwer erschüttert. Andererseits möchten viele Lebensmittel Produzenten dieses Vertrauen durch eine umfassende Strategie wiederherstellen, eine Strategie der Garantie von Sicherheit und Qualität vom Erzeuger bis zum Verbraucher“

Jahr	Land	Ereignis	Information
1981	Spanien	Olivenskandal	Der größte Lebensmittelskandal in Spanien forderte Hunderte Tote. 20 000 Menschen werden vergiftet. Olivenöl war mit Rapsöl für den industriellen Gebrauch gepanscht und mit hochgiftigen Substanzen (wie Motoröl) versetzt worden.
1985	Österreich/ Deutschland	Glykol im Wein	In Österreich und Deutschland wird mit einem Frostschutzmittel gepanschter Wein entdeckt. In der nachgewiesenen Dosierung kann Glykol Leber, Niere, Gehirn schädigen.
1985-	GB	BSE	<p>Erster bekannter Fall der Rinderseuche in Kent. Ein Rind wird eingeschläfert, das aggressiv ist und seine Gliedmaßen nicht mehr kontrollieren kann. Wie sich später herausstellt, hatte es sich mit BSE infiziert. Die Erkrankung war bislang nur bei Schafen unter dem Namen Scrapie oder Traberkrankheit bekannt.</p> <p>Ursache und Folgen: Aus Kostengründen wird (1981 J.) das Herstellungsverfahren für Fleisch- und Knochenmehl in Großbritannien geändert (niedrigere Verarbeitungstemperaturen). Niedrige Temperaturen und der Verzicht auf chemische Entfettung der Ausgangsmaterialien führten dazu, daß die Scrapie-Erreger nicht mehr ausreichend inaktiviert wurden und als infektiöses Potential im Tierkörpermehl verblieben. Eine sichere Inaktivierung von BSE- und Scrapie-Erregern wird erst bei 133°C und einem Druck von 3 bar über einen Zeitraum von 20 Minuten erreicht. BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie, zu deutsch: schwammartige Hirnkrankheit des Rindes) ist eine Erkrankung bei Rindern mit Veränderungen des Gehirns. Die Krankheit wurde erstmals 1986 im Vereinigten Königreich beschrieben.</p> <p>Als 1988 der Wissenschaft der Nachweis der Übertragung von BSE auf Mäuse gelingt, setzt die britische Regierung einen Untersuchungsausschuß ein, der gleich mehrere Maßnahmen eingeführt hat, unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anzeigepflicht für BSE in GB - GB untersagt die Tiermehlfütterung an Wiederkäuer. Erstmals werden infizierte Kühe notgeschlachtet. - Regierung zahlt Entschädigung für die Schlachtung BSE-infizierter Rinder. - Verkaufsverbot für die Milch infizierter Rinder. <p>Die britischen Behörden erklärten am 20. März 1996, dass ein Zusammenhang zwischen BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit nicht ausgeschlossen werden könne. Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit tritt beim Menschen nur sehr selten auf. Allerdings handelt es sich um eine unheilbare und tödlich verlaufende neurologische Erkrankung. Die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit tritt vornehmlich bei jüngeren Personen auf. Die Krankheit verläuft oft langsamer und weist ein anderes klinisches Bild auf, als die klassische Creutzfeldt-Jakob-Krankheit.</p>
1986	Italien	Italienischer Weinskandal	Über 100 Menschen vergiften sich an Rotwein, der mit dem tödlich wirkenden Methylalkohol vermischt war. Mehr als 20 Menschen sterben.
1986	Russland/ Ukraine/ Europa	Tschernobyl	Die Freisetzung von mehreren Tonnen hochradioaktiven Materials aus dem explodierten Block 4 von Tschernobyl (am 25.04.1986) führte zu einer weiträumigen Verseuchung des Bodens, der Pflanzen, Menschen und Tiere sowie der Gewässer und Grundwasser. Auch die Deutschlandseinwohner haben nach dem Unfall im Tschernobyl Strahlen abbekommen: durch die Luft, den Regen, den Boden und durch das Essen.

1987/88	Deutschland/EU	Nematoden in Seefisch	<p>Das verstärkte Auftreten der gesundheitsgefährdenden Würmer in Fischen hat die ganze Diskussion ausgelöst. Das Problem der „Wurmlarven in Fisch“ bekam durch einen spektakulären Beitrag des Fernsehmagazins Monitor neue Brisanz. Verbraucherverbände, Stiftung Warentest und Ernährungsberatung informierten über Einkauf und unbedenkliche Zubereitung.</p> <p>Konsequenzen:</p> <p>1. Die EG-Kommission legte einen „Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Gesundheitsschutzbestimmungen hinsichtlich Nematoden bei der Vermarktung von Fisch und Fischerzeugnissen“ vor, der bald in Kraft treten sollte.</p> <p>2. Die Verbraucherverbände bemängelten die unzureichende Kontrolle und forderten eine eigene EG-Kontrollinstanz mit weitgehenden Befugnissen vor Ort in jedem Mitgliedsland.</p> <p>Die Fischwirtschaft reagierte mit der Vorschrift, Fische vor dem Verkauf auszuweiden.</p>
1988	Deutschland/EU	Hormonfleisch	<p>Dem unerlaubten Doping mit Hormonen in großem Stil kamen behördliche Kontrolleure (Fleischbeschauer) auf die Spur. Der westfälische Kälberzüchter F. Hying mästete seine Kälber mit illegalen Wachstumsförderern wie Clenbuterol, Testosteron, Landrolondecanoat, Östradiolbenzoat. Über den Kälbermastskandal wurde nachhaltig in allen Medien berichtet. Die Presse veröffentlichte ausführliche, gut recherchierte Reportagen (z. B. „Die Zeit“ vom 19.8.88).</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>Umgehend wurden 9000 Tiere notgeschlachtet. In Folge dieser Aktion wurde eine Reihe ähnlicher Fälle von den Behörden aufgedeckt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - In der Bundesrepublik gilt ein Hormonmastverbot. - 1988 schränkte die EG den Einsatz natürlicher Hormone bei der Viehzucht weitgehend ein. Künstlich erzeugte Hormone wurden ganz verboten. Sie stehen in Verdacht, Krebs auszulösen oder die Tumorbildung zu beschleunigen. - Seit 1989 gilt ein Importverbot für Fleisch, das mit Wachstumshormonen gezüchtet wurde. <p>Folgen:</p> <p>Die Verbraucher reduzierten ihren Kalbfleischkonsum von durchschnittlich 1,8 kg/Person in 1987 auf gut die Hälfte. Immer mehr Verbraucher orientieren sich an Qualitäts- und Markenfleischprogrammen.</p>
1988	Deutschland	BIRKEL-Schadenersatzfall	<p><i>Stuttgart, 13. Dezember</i> – Nudel-Firma Birkel klagt gegen das Land Baden-Württemberg. Das Stuttgarter Regierungspräsidium hatte vor Birkel-Produkten gewarnt, die angeblich mit verdorbenem Flüssigei hergestellt worden waren. 50 % Umsatzabsturz, 500 Entlassungen. Die Warnung war falsch. 13 Mio. Schadenersatz</p>
1989	Irland	BSE	Erster BSE-Fall in Irland.
1989	GB/EU	BSE	<p>Zum Ende des Jahres sind in GB fast 10 000 Rinder als infiziert gemeldet.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungsausschuß fordert Verarbeitungsverbot von Innereien für Babynahrung. - In GB wird die Verwendung von Rinderhirn, Innereien und Rückenmark verboten. - Entsch. 89/469/EWG der Kom. vom 28.7.1989 zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 225 vom 3.8.89, S. 51.
1990	Deutschland	BSE	Deutschland verschärft Importkontrollen bei britischem Rindfleisch.
1990	Portugal	BSE	Erster BSE-Fall in Portugal
1990	EU/Schweiz	BSE	<p>Nachdem in GB die Entschädigungssumme für BSE-Rinder deutlich erhöht wurde, verdoppelt sich die Zahl der gemeldeten, erkrankten Tiere.</p> <p>Die EU-Kommission untersagt Exporte von lebenden Rindern und die Verwendung von Innereien zur Herstellung von Kosmetika und pharmazeutischen Produkten.</p> <p>Die EU beschließt eine Meldepflicht für BSE-Fälle.</p> <p>Deutschland und Frankreich verhängen Importverbot für britisches Rindfleisch.</p> <p>Der erste BSE-Fall in der Schweiz.</p>
1991	Frankreich	BSE	Erster BSE-Fall in Frankreich
1992	Deutschland/Dänemark/GB	BSE	<p>Der erste BSE-Fall in Deutschland: Ein aus Großbritannien importiertes Rind verendet.</p> <p>Der erste BSE-Fall in Dänemark.</p> <p>In diesem Jahr sterben in Großbritannien 37.280 Rinder an BSE.</p>
1992	Deutschland/Österreich	Gepanschter „Prädikatswein“	<p>Mit dem Verkauf von 490 000 Flaschen falsch deklariertem Wein haben ein Weinhändler und sein Kellermeister ca. 2 Mio. DM Schaden verursacht.</p> <p>Der Handel flog im Rahmen des österreichischen Glykolskandals auf. Chemiker entdeckten die Substanz in 73 Weinen einer Kellerei. Die Verschnitte wurden z. T. als „deutsche Prädikatsweine“ über Supermarktketten vertrieben, obwohl sie „nicht verkehrsfähig“ waren.</p>
1993	GB	Hormonverbot wird häufig umgangen	<p>In GB erkrankten zwei Landwirte an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK). Erstmals wird von Wissenschaftlern ein möglicher Zusammenhang vermutet.</p>

1993	Deutschland/ Niederlande/ GB	BSE	WISO recherchiert, daß in den NL britische Kälber in großem Umfang gemästet werden und nach der Schlachtung als niederländisches Rindfleisch in den Handel gelangen. Allein in diesem Jahr (hauptsächlich in GB) werden über 37.000 BSE-Fälle gemeldet.
1993	Österreich	Fleischwaren neu verpackt	Im österreichischen Bundesland Tirol wurden Fleischwaren, deren Verfallsdatum überschritten war, einfach neu verpackt. Zum Teil wurde das Fleisch stark gewürzt und als Hackfleisch angeboten, um mögliche Verfärbungen zu vertuschen. Die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck stellte fest, daß von mehreren hundert Proben aus den wichtigsten Lebensmittelmärkten rund ein Drittel verdorben war. Die beanstandeten Fleisch- und Wurstsorten seien nicht generell gesundheitsschädlich gewesen. Maßnahmen: Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf.
1993/9 4	Deutschland	Falsche Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse	Die Herkunftsangabe ist bei fast allen frischen Obst- und Gemüsesorten gesetzlich vorgeschrieben. Käufer fragen aus ethischen, gesundheitlichen oder ökologischen Gründen gezielt nach der Lebensmittelherkunft: z.B. politische Situation im Herkunftsland, Verzicht auf Lebensmittelbestrahlung, kurze Transportwege, regionale Produkte usw.. Die VZ NRW wies seit Jahren beständig auf unkorrekte Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse hin. Nachdem die Medien das Thema aufgegriffen hatten, wurden die unlauteren Machenschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Genauere Zahlen vom Umweltministerium (MURL-Min. für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) veröffentlicht, lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Die Beanstandungsquote reichte im Einzelhandel und auf Wochenmärkten bis zu 100 %. Maßnahmen: 1. VZ und MURL forderten, Verbrauchertäuschung zu bestrafen durch - Bußgelder in abschreckender Höhe - Überprüfung, ob gegen die Händler ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet werden kann, - konsequente und kontinuierliche Kontrollen durch alle Landesbehörden - Präzisierung der Gesetze. 2. Für Verbraucher wurden Empfehlungen veröffentlicht.
1994	Deutschland/ EU/ Italien	BSE	Erstmals sind in Deutschland zwei Rinder an BSE gestorben. - Der Gesundheitsminister kündigt einen deutschen Alleingang an, falls die Europäische Kommission in Brüssel kein umfassendes Ausfuhrverbot verhängt. - Der Vorstoß im EU-Ministerrat, ein generelles Exportverbot für britisches Rindfleisch durchzusetzen, scheitert. Seit dem 20.3. gilt in Deutschland ein Verfütterungsverbot für Tierkörpermehl an Rinder. - Der niedersächsische Landwirtschaftsminister erteilt ein Schlachtverbot für Bestände, in denen aus GB importierte Rinder gehalten werden. Die anderen Bundesländer erlassen ähnliche Vorschriften. - Die EU-Verordnung zu Importbeschränkungen für britisches Rindfleisch tritt in Kraft. Der erste BSE-Fall in Italien.
1994	Deutschland/ EU/ USA/ Japan	Schweinepest	Der Schweinepest in Niedersachsen könnte durch Impfen der Tiere vorgebeugt werden. Doch die europäischen Schweinezüchter verzichten darauf, um sich nicht den Zugang zu den Absatzmärkten in den USA und Japan zu versperrern. Konsequenzen: - Um die Schweinepest einzudämmen ordnete die Kommission der EU am 23.3. an, daß kein Schwein Niedersachsen lebend verlassen darf. - Seit Verhängung der Quarantäne sind in infizierten Betrieben 200 000 Tiere getötet worden, sowie 560 000 Mastschweine und 110 000 Ferkel, die zwar gesund sind, aber im Sperrbezirk leben. Die EU kauft die Tiere auf und läßt sie beseitigen.
1994	Österreich	Verdorbenes Fleisch	Untersuchungen der Arbeiterkammer Wien deckten gravierende Mängel im Einzelhandel auf. Geprüft wurden die genießbarkeit des Fleisches am Verkaufstag und die Zuverlässigkeit der Haltbarkeitsdauer. Bei Prüfungen durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurden in 31 Supermärkten und 36 Einzelhandelsbetrieben je 27% / 57% der Proben bei verpackter bzw. offener Ware beanstandet. 6% / 20% waren bereits am Verkaufstag verdorben. Am häufigsten waren Hühnerteile mit 92% zu beanstanden. Maßnahmen: Die Kammer fordert mehr Kontrollen sowie Haltbarkeitsdaten, die nicht unter der Voraussetzung optimaler aber unrealistischer Lagerbedingungen festgesetzt werden.

1994	Deutschland/Niederlande/EU	Ekelfleisch in der Wurstfabrik	Sogenanntes „Stichfleisch“, das innerhalb der EU nicht als Lebensmittel vertrieben werden darf, sollte - als Zungenfleisch deklariert - zu Wurst verarbeitet werden. Maßnahmen: Die Eingangskontrolle der Lebensmittelüberwachung deckte den Handel auf und konnte die Verarbeitung verhindern. - Das Fleisch wurde aus dem Verkehr gezogen und unter ordnungsbehördlicher Kontrolle in die Niederlande zurück transportiert. Dort wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. - In der BRD wurden Ermittlungen gegen den Verarbeiter aufgenommen. Der Betrieb wird überwacht. Jede eingehende Sendung ist anzumelden und wird entsprechend kontrolliert. - Nach Abschluß der Ermittlungen beabsichtigte das Ministerium (MURL), die Öffentlichkeit zu informieren.
1994	Deutschland	Erpressung von Handelsketten	Mehrere Handelsketten in der BRD werden von einem oder mehreren unbekanntem Tätern erpreßt. Im Falle der Nichtzahlung wird die Vergiftung von Lebensmitteln in nicht näher bezeichneten Märkten verschiedener Ketten angekündigt. Einem Schreiben an die „Bild-Zeitung“ war eine Probe einer pulvrigen Substanz beigefügt. Die Analyse des LKA Hessen ergab, daß es sich um ein stark ätzend wirkendes Gemisch handelte, dessen Hauptkomponente Ätznatron ist, das vor allem in Haushaltreinigern enthalten ist. Maßnahmen: Vorsorglich wies das LKA darauf hin, beim Einkauf von Lebensmitteln darauf zu achten, dass die Verpackungen bzw. Flaschenverschlüsse usw. unversehrt sind.
1994	Griechenland/EU/Bulgarien	Maul- und Klauenseuche bei Fleischexporten	Nachdem in Nordost-Griechenland die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war, verbot der Veterinärausschuss der EU vorübergehend die Ausfuhr von Vieh und Frischfleisch. Griechenland exportiert Milchprodukte vor allem nach Osteuropa. Während der griechische Landwirtschaftsminister betonte, daß für Menschen keine Gefahr bestehe, berichteten die Medien von neuerlichen Erkrankungsfällen und der Gefahr einer weiteren Ausbreitung. Maßnahmen: - Der Landwirtschaftsminister verhängte ein befristetes Ausfuhrverbot - 5000 Schafe und Ziegen sowie über 1000 befallene Rinder wurden getötet. - Die betroffenen Bauern sollen aus Mitteln der EU entschädigt werden. - Bulgarien wies griechische Lieferungen wegen der Seuche zurück.
1994	Deutschland	Nematoden in Fischstäbchen	Eine Untersuchung des Magazins „Öko-Test“ über Qualität von Fischstäbchen führte zu einer Kontroverse mit der deutschen Fischindustrie. In fünf von insgesamt 16 Proben fanden Kontrolleure von „Öko-Test“ Nematoden. Die deutsche Fischindustrie erklärte dazu, daß „Nematoden in Fischstäbchen ungefährlich seien.“
1994	Deutschland	Pestizide in Tee	Bei Untersuchungen an der TU Berlin wurde in hochwertigem Darjeeling des Marktführers Teekanne das Spinnmilben-Vernichtungsmittel Tetradifon, bis zur 24-fachen Menge des Erlaubten, gefunden. Die Geschäftsführung des Unternehmens bestätigte den erhöhten Wert, verwies aber auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit etwaiger Rückstände. Die ebenfalls betroffenen Anbieter „Teekampagne“ und „Ökotopia“ riefen nach Bekanntwerden der Werte ihre Produkte aus den Läden zurück. Der Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels sah keinen Grund für eine Rücknahme. Er rechnet mit einer möglichen Anhebung der Grenzwerte für Tetradifon durch die Bundesregierung um das Zwanzigfache auf 0,2 ppm.
1994	Deutschland	Pestizide in der Babynahrung	Der Insektentkiller Lindan wird in Babyreis entdeckt.
1994	Europa/Bangladesch	Verseuchtes Milchpulver	Indischen Presseberichten zufolge waren rund 385 Tonnen europäisches Milchpulver, die das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) an Bangladesch geliefert hatte, hochgradig radioaktiv verseucht Das hochbelastete Milchpulver (95 bq/kg) war als Hilfslieferung für Bangladesch vorgesehen. Nach Angaben der Zeitung verwies ein Vertreter des UNHCR auf Absprachen mit der Steuerbehörde, wonach die Lieferung vereinbart gewesen sei. Von bengalischer Regierungsseite wird dies „als klarer Fall von Entsorgung verseuchter Nahrung in einem armen Land“ angesehen..

1994	Deutschland	Benzin in Mineralwasser	<p>12 000 Flaschen des Mineralwassers „Römerwall“ waren mit geringen Spuren von Benzin oder Terpentin verunreinigt worden. Einem Verbraucher fiel der fremdartige Geruch des Wassers auf.</p> <p>Maßnahmen: Innerhalb von 6 Stunden wurden rund 1000 Kisten Wasser aus dem Handel zurückgeholt. Zudem forderte das Unternehmen die Verbraucher auf, Flaschen bestimmter Nummern beim Handel umzutauschen.</p>
1994	Ungarn	Bleimennige in Paprika	<p>Auf Bauernmärkten und im Direktverkauf vom Erzeuger wurden Beimischungen des hochgiftigen Rostschutzmehls Bleimennige in Paprika festgestellt. 46 Menschen erlitten Bleivergiftungen. Mögliche Folgen einer Vergiftung sind Nerven- und Blutbildschäden. Die ungarische Regierung erließ ein umfassendes Verbot für den Verkauf von geriebenem Paprika. Zudem wurde verfügt, sämtliche Vorräte auf eine mögliche Beimischung des pulverisierten Rostschutzmehls Bleimennige zu untersuchen. Ein Fünftel aller Stichproben erwiesen sich als kontaminiert (verseucht).</p> <p>Maßnahmen: - 18 Händler wurden festgenommen. - Das Handelsministerium übernahm die Garantie, daß der für den Export bestimmte Paprika ohne Blei sei.</p>
1994	Deutschland/ Spanien	Fertignahrung mit Fremdstoffen	<p>Die Babynahrung AS-Gemüseallerlei der Drogeriekette Schlecker enthielt Spuren des Pflanzenschutzmittels Lindan. Sie enthielt mehr als das vierfache des zulässigen Grenzwertes. Das aus Spanien importierte Produkt entsprach zwar den EU-Richtlinien, aber nicht den deutschen Grenzwerten. Das ZDF berichtete von Erkenntnissen des baden-württembergischen Umweltministeriums über Pestizidrückstände in Babynahrung. Das Magazin „Öko-Test“ wies verschiedene Anti-Schimmelmittel in allen AS-Baby-Obstbrei- und Obstbreigläschen nach, sowie Weichmacher in fleischhaltigen AS-Gläschen. In einigen Proben war der gesetzliche Grenzwert für Pestizide mehrfach überschritten. Anti-Schimmelmittel befanden sich auch in Obstbreigläschen der Marke Milupa und der Supermarktkette Aldi.</p> <p>Maßnahmen: 1. Die beanstandeten Chargen (Mengen) wurden von dem Vertreter aus dem Verkehr gezogen und die Vermarktung aller AS-Babygläschen eingestellt. Milupa und Aldi stellten ebenfalls vorübergehend die Vermarktung ein. 2. Die Verbraucher wenden sich zunehmend Produkten und Zutaten aus kontrollierter biologischer Erzeugung zu. Gefragt sind ebenfalls Zutaten zum Selbstkochen aus dem Biomarkt oder Bioladen.</p>
1994	Deutschland/ Spanien	Belastete Babynahrung im Handel	<p>Pestizid- und Fungizid-Rückstände in Gläschenkost verunsicherten viele Verbraucher. Der Grenzwert für Säuglings- und Kleinkindnahrung von 0,01 mg/kg wurde überschritten. Betroffen waren Produkte verschiedener bundesweiter Anbieter. Die Lebensmittelüberwachung stellte Rückstände von Pflanzenschutz- und Pilzvernichtungsmitteln in Babykost fest, wobei die Grenzwerte überschritten wurden. Die Produkte waren aus Spanien importiert. Unter anderem wurden Rückstände von Lindan gefunden, das als chronisch toxisch einzustufen ist. Laut Überwachungsbehörde war keine akute Gesundheitsgefährdung gegeben.</p> <p>Maßnahmen: 1. Das Landesuntersuchungsamt Nordbayern stellte eine Überschreitung fest und sperrte den entsprechenden Warenbestand des Anbieters. 2. Die Verbraucherverbände forderten: - rückhaltlose Aufklärung, Aufbau eines Informationsnetzes für Lebensmittelüberwachung und zur Information der Verbraucher, - die Lebensmittelüberwachung auf, die Öffentlichkeit schneller zu informieren - bei Säuglingsnahrung eine umfassende Kennzeichnung des Herkunftslandes - Im Bundestag bekräftigten Abgeordnete ihre Forderungen nach einer verbraucherfreundlicheren ernährungs- und stärker umweltorientierten Landwirtschaftspolitik.</p>
1995	Deutschland/ GB	BSE	<p>Ein neuer BSE-Fall schreckt die deutschen Gesundheitsbehörden auf. Der Bundesrat fordert uneingeschränkten Importstopp für britisches Rindfleisch. In GB ist ein erst 1992 geborenes Kalb erkrankt. Der Höhepunkt der BSE-Epidemie in GB scheint überschritten. Trotzdem werden in diesem Jahr nahezu 10 000 neue Fälle gemeldet.</p>

1995	Deutschland	Arsenhaltige Säfte	<p>Gesundheitsschädliche Stoffe in Babysäften. Das Magazin „Öko-Test“ fand bei der Prüfung von Babysäften in 15 von 16 untersuchten Getränken für die ersten Lebensmonate erhöhte Mengen von Arsen – zwischen 8 und 24 Mikrogramm . Ein Säugling kann etwa 20 Mikrogramm täglich entgiften, wird ein Biochemiker des Umweltbundesamtes zitiert. Die WHO hält eine wöchentliche Aufnahme von 15 Mikrogramm für gesundheitlich noch vertretbar. Maßnahmen: Für Babynahrung gibt es keinen Arsen-Grenzwert! 1. Aufgrund der Testergebnisse haben die Babysaft-Hersteller Nestlé-Alete und Hipp angekündigt, ihre Filterverfahren umzustellen. 2. Verbrauchern wird empfohlen, naturrube Säfte aus biologischem Anbau zu kaufen.</p>
1995	Deutschland	Fehlerhafter Babybrei	<p>Der Hersteller für Babynahrung Humana hat über drei Jahre rund 25 Mio. Portionen eines Breis für milchallergische Kinder vertrieben, der Spuren von Milcheiweiß enthielt. Laut Hersteller waren die Konzentrationen um den Faktor 100 000 geringer als bei normaler Kuhmilch. Bei solchen Konzentrationen seien weltweit nur fünf allergische Reaktionen dokumentiert worden. Auf eine Rückrufaktion wurde verzichtet, weil eine gesundheitliche Beeinträchtigung angeblich „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ auszuschließen gewesen sei.</p>
1995	Niederlande/ Belgien/ Deutschland	Gentechnisch erzeugte Babynahrung	<p>Ein niederländisches Unternehmen produziert in Belgien Säuglingsnahrung mit gentechnisch erzeugten Zutaten (LCP). Nach Ansicht der Forschung besteht hier ein nicht geringes Risiko bezüglich der Pathogenität und Toxizität. Da das Produkt in Belgien auf den Markt gebracht wurde, kann es nach den Regeln der Gemeinschaft auch in Deutschland vermarktet werden. Maßnahmen: - Das hessische Sozialministerin (HMFAS) forderte den Bundesgesundheitsminister auf, die Voraussetzungen für eine nationale Regelung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln und Zusätzen zu schaffen. - Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich in Brüssel dafür einzusetzen, neuartige Lebensmittel so zu kennzeichnen, daß Verbraucher selbst wählen können. - Die Gewerkschaft NGG verurteilte den Plan der EU-Kommission, Gennahrung nicht grundsätzlich zu kennzeichnen. - 1997 trat die „Verordnung über die freiwillige Kennzeichnung von gentechnikfreien Lebensmitteln“ in Kraft. Sie gestattet die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ unter festgelegten Voraussetzungen.</p>
1995	Deutschland/ EU	Gefälschte Hähnchen	<p>Mit deutschen Namen täuschten ausländische Geflügelschlachter hiesige Herkunft von Geflügel vor. Etwa die Hälfte der in Deutschland angebotenen Hähnchen werden aus den Niederlanden oder Frankreich importiert. Bei diesen Importen beanstandeten Fleischbeschauer oft mehr als 10% der Tiere. Deutsche Vorschriften sehen vor, daß Zuchttiere gegen Salmonellen geimpft werden müssen. Küken dürfen nur mit zugelassenen Futterstoffen gemästet werden und alle Hähnchen sind vor dem Schlachten vom Amtstierarzt zu prüfen. Dagegen dürfen holländische Hähnchen mit radioaktiven Strahlen haltbar gemacht werden. Bestrahltes Futter ist ebenfalls erlaubt. Die EU schreibt vor, daß alle Geflügelprodukte mit einer Kennung der Schlachtereie zu versehen sind. Diese Zahlen- / Buchstabenkombinationen wurden häufig besonders klein und versteckt auf der Verpackung angebracht. Zur besseren Identifizierung bedruckte der Anbieter der Marke „Wiesenhof“ seine Hähnchen zusätzlich mit Namen und Wohnort des Geflügelzüchters. Daraufhin mahnte der französische Verband der Geflügelzüchter den Anbieter wegen unlauteren Wettbewerbs ab.</p>
1996	EU/GB	BSE	<p>Die EU-Kommission erläßt ein Exportverbot für britisches Fleisch, lebende Rinder und andere Rindfleischerzeugnisse in EU- und Drittländer. Die britische Regierung legt einen Schlachtplan zur Ausrottung von BSE vor. Tausende Rinder werden vorsorglich getötet und die Kadaver verbrannt. Das verbleibende Pulver wird in Sonderdeponien eingelagert.</p>
1996	Deutschland	Nikotineinsatz in der Hühnerhaltung	<p>Dem «Hühnerbaron» Anton Pohlmann in Deutschland wird der Einsatz des giftigen Desinfektionsmittels Virkon-S im Futtermittel und die Desinfektion der Ställe mit Nikotinsulfat nachgewiesen. Er wird zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2,1 Millionen Mark verurteilt.</p>

1996	Deutschland	„Naturtrunk“ aus der Retorte	<p>Fruchtsafthersteller ließen sich mit gepanschem oder künstlich hergestelltem Apfelsaft-Konzentrat täuschen. Wieviel der Ware in den Handel gelangte, ist unklar.</p> <p>Ein Maklerkontor verkaufte über 1400 Tonnen Apfelsaft-Konzentrat, das als „100 % naturrein, ohne Zusätze“ deklariert war, an namhafte Safthersteller. Chemische Analysen ergaben in dem Produkt überhöhte Konzentrationen von Fumarsäure, die bei der Herstellung synthetischer Apfelsäure verwendet wird. Damit entspricht das Konzentrat nicht den lebensmittelrechtlichen Vorschriften in Deutschland.</p> <p>Die Konsumenten wurden zu keiner Zeit über die gefälschten Säfte informiert.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Entdeckung war der synthetische Apfelsaft längst ausgeliefert.</p> <p>Die Getränkeindustrie versuchte, den Fall zu vertuschen. Dabei handelte es sich hier nicht um einen Einzelfall. Dubiose Händler bringen täuschend echt komponierte Mischungen als Saftkonzentrat in Umlauf. Die Qualitätskontrolleure in den Betrieben bemerken die Täuschung nur selten, da die Fälscher ihre Kreationen in hochmodernen Labors „analysefest“ machen. Die bislang gefundenen künstlichen Stoffe gelten zwar nicht als gesundheitsschädlich. Ungewiß ist jedoch, ob zur Herstellung des Konzentrats nicht wirklich gefährliche Chemikalien verwendet wurden. Einige Fruchtsafthersteller haben das Saftkonzentrat zu verschiedenen Mischgetränken weiterverarbeitet und bis Oktober 95 an den Handel ausgeliefert.</p>
1996	Deutschland	Etikettenschwindel bei Wild	<p>Die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg hat insgesamt 224 Wildspezialitäten untersucht. Bei mehr als 17% der Rehfleisch-Proben stimmten Etikett und Inhalt nicht überein.</p> <p>Die falsche Deklaration entdeckten Kontrolleure anlässlich einer Routinekontrolle. Sie gingen davon aus, daß es sich um Antilopenfleisch handelt, das zwar nicht gesundheitsschädlich, jedoch nur halb so teuer wie Reh ist. Unter Verdacht der Falschdeklaration standen Importeure aus Bayern, NRW und Niedersachsen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>1. Für den Fall, daß Firmen aus Baden-Württemberg beteiligt sein sollten, drohte die Landwirtschaftsministerin mit harten Konsequenzen. Es handle sich um Irreführung der Verbraucher, die nicht hinzunehmen sei.</p> <p>- Die zuständigen Aufsichtsbehörden in Bayern und NRW sahen dagegen noch keinen Handlungsbedarf.</p>
1996	Deutschland	Haltbarkeitsdaten überschritten	<p>Ein Viertel aller Lebensmittel tierischer Herkunft sind 1996 bei Stichproben in Rheinland-Pfalz beanstandet worden.</p> <p>Das Landesveterinär-Untersuchungsamt (LVUA) bemängelte vor allem die mangelhafte Kennzeichnung sowie zu lange Lagerung von begrenzt haltbaren Fleisch- und Wurstwaren. Die höchsten Beanstandungsquoten gab es bei behandeltem Fleisch wie geräuchertem Schinken oder gepökeltem Rauchfleisch. Von 670 Waren seien fast 300 nicht mehr frisch gewesen. Bei Frikadellen waren fast die Hälfte nicht ausreichend gekennzeichnet.</p>
1996	Deutschland	Schadstoffe in Eiern	<p>In den Eiern eines Anbieters fand man Nikotin; andere enthielten das krebserregende Tierarzneimittel Ronidazol. Betroffen waren „Eier aus Freilandhaltung“.</p> <p>Wer diese Eier mit einem bestimmten Mindesthaltbarkeitsdatum gekauft hatte, wurde aufgefordert, sie seinem Händler zurückzugeben, da sie Rückstände von Ronidazol enthalten konnten.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>2. Die VZ Rheinland-Pfalz gab Empfehlungen, beim Eierkauf bestimmte Einkaufswege zu nutzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kauf von Eiern aus Freilandhaltung direkt beim Bauern oder Erzeuger bzw. am Wochenmarkt. - Eier aus kontrolliert ökologischer Erzeugung von Anbauverbänden wie Demeter (das Markenzeichen für Produkte aus biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise) usw. - Beim Einkauf von Fertigprodukten wie Desserts, Nudeln usw. gibt es keine Informationen über die verwendeten Eier. - Die Ernährungsberatung rät, den Eierkonsum aus Gründen des Tierschutzes, der Ökologie und unter ernährungsphysiologischen Aspekten zu reduzieren.
1996	Deutschland	Weichmacher in Säuglingsnahrung	<p>PVC-Weichmacher in Säuglingsnahrung.</p> <p>Medienberichte warnten vor PVC-Weichmachern in Babynahrung. Das BgVV (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) gab folgende Stellungnahme: In der BRD wurden geringe Mengen Weichmacher gefunden, die weit unterhalb der tolerierbaren Menge lagen. Die Daten lassen keine aktuelle Gesundheitsgefährdung erkennen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <p>Das BgVV fordert Untersuchungen zur Aufdeckung der Eintragsquellen und eine generelle Minimierung der Belastung mit Phthalsäureestern.</p>

1997	Deutschland	Erpressung von Handelsketten	<p>Der Nestlé-Konzern und sein Tochterunternehmen Thomy wurden mehrfach mit angeblich vergifteten Lebensmitteln erpreßt. Die Polizei hat fast alle beschlagnahmten Produkte der beiden Firmen untersucht, darin jedoch keine Anzeichen für die angedrohte Vergiftung gefunden. Beide Handelsketten sicherten nach bekanntwerden der Erpressung zu, alle möglicherweise betroffenen Produkte auszutauschen. Es wurde ein Bürgertelefon eingerichtet.</p> <p>Maßnahmen: Die Fa. Thomy führte als Konsequenz aus den Giftdrohungen ein neues Verschlusssystem für Senftuben ein, bei dem man an einer Membran erkennen kann, ob eine Tube manipuliert wurde.</p>
1997	Deutschland/ GB/EU/ Schweiz/ Niederlande/ Luxemburg	BSE	<p>Genomanalysen ergeben, daß das verendete Tier aus GB stammte. Deutschland gilt weiterhin als BSE-frei.</p> <p>In NRW werden 33 Tonnen Fleisch und Fleischprodukte beschlagnahmt. Es handelt sich um illegal aus GB über Belgien nach Deutschland exportiertes Rindfleisch.</p> <p>Von Januar bis Juli sind mind. 2 300 t britisches Rindfleisch illegal exportiert worden und z.T. auch über deutsche Ladentheken gewandert.</p> <p>Über eine Eilverordnung beschließen Bund und Länder alle aus GB und der Schweiz stammenden Rinder, die nach Deutschland eingeführt worden sind, töten zu lassen. Amtliche Beobachtung der unmittelbaren Nachkommen weiblicher Rinder aus GB und der Schweiz.</p> <p>Tierschützer und Züchter britischer Rinderarten erheben Klage gegen die Notverordnung vor Gericht.</p> <p>Der BSE-Untersuchungsausschuß des EU-Parlaments erhebt Vorwürfe gegen die britische Regierung und Arbeit der Kommission von 1990-94. Die Kommission habe das Problem verharmlost und Politik der Desinformation betrieben. Das EU-Parlament verabschiedet „Mißtrauensantrag auf Bewährung“ gegen die Kommission. Diese gibt Fehler zu, beschließt Neuorganisation von Fachausschüsse. Verbraucher-, Umwelt-, Verbände des Öko-Landbaus fordern generelles Fütterungsverbot von Tiermehl.</p> <p>Eine Studie der EU-Kom. warnt vor Mängeln bei BSE-Überwachung in div. EU-Staaten. Die Landwirtschaftsminister beschließen, ab 1998 in der EU bes. BSE-gefährdete Gewebe wie Hirn, Rückenmark, Augen von Rindern, Schafen, Ziegen nicht mehr als Nahrungsmittel bzw. zur Tierfütterung zuzulassen. Der Beschluß wird mit knapper Mehrheit gefaßt. Auch die BRD hat dagegen gestimmt.</p> <p>Nach Erkenntnis des Veterinärausschusses der EU gibt es bei Kuhmilch keine Übertragungsgefahren.</p> <p>Der erste BSE-Fall in Belgien, Luxemburg und Niederlanden.</p>
1997	USA/ Deutschland	Walnüsse mit Chemie	<p>Produkte des amerikanischen Konzerns „Diamond Walnuts“ sollen mit Chemikalien belastet sein.</p> <p>Nach Informationen der US-Gewerkschaft „International Brotherhood of Teamsters“ setzt der Konzern bei Anbau und Verarbeitung von Nüssen Methylbromid ein, das bei der Lebensmittelverarbeitung europaweit verboten ist. Das Mittel kann zu schweren Gesundheitsschäden führen. Außerdem werde zum Bleichen der Nüsse das krebserregende Chlorin eingesetzt.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Gesundheitsrisiken durch Methylbromid wurden von der AgV (Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände) bestätigt. Für Methylbromid besteht bundeseinheitlich ein Grenzwert von 0,1mg pro kg im essbaren Anteil von Schalenfrüchten. - Rund 74% der in der BRD verkauften Walnüsse stammen von „Diamond Walnuts“. Trotz aller Proteste durch Umweltschutzorganisationen weigert sich der Konzern, auf den Chemie-Einsatz zu verzichten. Die Gewerkschaft rief die Verbraucher zu einem Boykott von „Diamond Walnuts“ auf, an dem sich auch andere Länder beteiligen wollen.
1997	Deutschland	Nematoden in Fisch	<p>Bei Untersuchungen von Frischfisch für die ARD-Sendung Monitor sind in jeder zweiten Probe Nematodenlarven gefunden worden. Das Fernsehmagazin berichtete, daß frische Seefische erneut stärker mit Nematoden befallen sind, da u.a. die Fischwirtschaft ihre Kontrollpflicht vernachlässigt.</p> <p>Probleme mit Nematodenbefall bestätigten auch die Ergebnisse des Veterinär-Untersuchungsamtes für Fisch in Cuxhaven.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Um einwandfreie Beschaffenheit von Fischen zu gewährleisten, wurde 1994 die Fisch-Hygiene-VO erlassen, die in Teilen weit über die Vorschriften der EU hinausgeht. - Die staatliche Lebensmittelüberwachung muß die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkontrollen besser überwachen. 2. Empfehlungen: Verbraucher sollten nicht auf Fisch verzichten, sondern beim Fischeinkauf zu einem Händler seines Vertrauens gehen. Fisch sollte bei über 70°C gegart werden.

1997	Frankreich/ Deutschland	Glykol in Wein	<p>Durch Defekt in einem Abfüllbetrieb gelangte Monoethylenglykol (MEG) in elsässische Weine.</p> <p>Das rheinland-pfälzische Umweltministerium warnte vor bestimmten elsässischen Weinen, bei denen durch technischen Defekt in der Kühlanlage des Abfüllbetriebes erhöhte Werte an Monoethylenglykol bei Routinekontrollen entdeckt wurden. Die Werte lagen teilweise über 100 mg MEG/l. Diese Menge hält das BgVV (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) für gesundheitlich bedenklich.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Winzer bzw. der Handel nahmen die betroffenen Flaschen aus den Regalen. - Verbrauchern wurde geraten, die betroffenen Flaschen zum Händler zurückbringen. Der Einkaufspreis wurde vergütet. - Namen und Kennzeichnung der betroffenen Weine wurden veröffentlicht.
1997	Deutschland	Verunreinigte Coca-Cola	<p>Limonade der Marke Coca-Cola war mit dem Lösungsmittel Trichloranisol verunreinigt, das vermutlich über die Dosendeckel in das Getränk gelangte. Nach Meinung von Experten ging davon keine Gesundheitsgefährdung aus. Kunden beschwerten sich über den unangenehmen Geruch nach fauligen Zitronen, der aus der Dose kam.</p> <p>Die zuständigen Behörden und die Verbraucher-Zentralen der betroffenen Länder beklagten die mangelnde Informationsbereitschaft und das schlechte Beschwerde-Management des Weltkonzerns. Man hätte erwarten dürfen, daß der Konzern sofort und umfangreich über die Panne informiere.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Konzernsprecher räumte ein, daß erste Reklamationen bereits vor Wochenfrist eingegangen waren. Daraufhin wurden mehrere tausend Dosen in Hamburg und Schleswig-Holstein vom Markt geholt. - Für Kundenanfragen stehe eine kostenfreie Hotline zur Verfügung.
1998	Spanien/ Portugal/ Nordirland/ Lichtenstein/E U	BSE	<p>Wichtigste Fakten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Spanien verbietet die Einfuhr von Rindern und Rindfleisch aus Portugal. ◆ Lockerung des Ausfuhrverbotes für Fleisch von Rindern aus Nordirland, die aus Beständen stammen, die mindestens 8 Jahre BSE-frei sind. ◆ Vorlage des ersten halbjährlichen BSE-Follow-up-Berichts der Kommission an das Europäische Parlament. ◆ BSE-Schnelltests werden entwickelt. ◆ Der erste BSE-Fall in Lichtenstein.
1999	Belgien/ Frankreich/ Deutschland	Verunreinigte Coca-Cola	<p>In Belgien verursachte verunreinigte Kohlensäure beim Verzehr von Coca-Cola Getränken gesundheitliche Beeinträchtigungen. Besonders bei Kindern traten Krankheitssymptome auf, die auf die Stoffe Kohlenoxisulfid und Schwefelwasserstoff zurückzuführen sein sollen.</p> <p>Bei Getränkedosen, die in Frankreich abgefüllt wurden, soll das Desinfektionsmittel 3-Methyl-4-Chlorphenol, das an dem Verpackungsmaterial haftete, Krankheitssymptome hervorgerufen haben.</p> <p>Die Coca-Cola Organisation Deutschland bestätigte in einer Unbedenklichkeits-erklärung, daß in Deutschland produzierte Erfrischungsgetränke einwandfrei sind. Verbraucher sollten beim Kauf von Coca-Cola Getränken auf deutsche Beschriftung achten.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf Anordnung des belgischen Gesundheitsministers wurden alle Coca-Cola Produkte aus dem Markt genommen. Frankreich schloß sich der Aktion an. <ul style="list-style-type: none"> - Das deutsche Bundesministerium für Gesundheit hat die Wirtschaftskreise aufgefordert, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht darauf zu achten, daß keine gesundheitlich bedenklichen Getränke in den Verkehr gebracht werden, und verunreinigte Kohlensäure nicht zur Lebensmittelherstellung verwendet wird. - Die EU-Kommission wurde aufgefordert, im Rahmen des Schnellwarnsystems alle Informationen über die verunreinigte Kohlensäure mitzuteilen. 2. Verbraucherzentralen empfehlen Kaufzurückhaltung bis zur vollständigen Klärung.
1999	Deutschland/ Kenia	Vergifteter Viktoriabarsch	<p>Der Bundesmarktverband der Fischwirtschaft warnte vor vergiftetem Fisch aus dem Viktoriasee. Der medizinische Dienst Kenias hatte mitgeteilt, daß beim Verzehr von Viktoriabarsch akute Lebensgefahr bestehe. Grund dafür ist der Fang mit Hilfe von Pestiziden oder Extrakten aus giftigen Pflanzen.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Inzwischen darf nach einer EG-Entscheidung kein Fisch aus Kenia und Tansania mehr in die EU importiert werden. 2. Die Verbraucherzentrale NRW rät, vorerst auf den Verzehr von Viktoriabarsch zu verzichten. Wer noch größere Mengen eingefroren hat, sollte sich an das nächste Veterinär-Untersuchungsamt wenden und den Fisch überprüfen lassen.

1999	EU/ Belgien	Dioxinskandal	<p>Mitte Januar gelangte eine Lieferung mit bis zu 80 Tonnen verunreinigten Recyclingfetts aus einer belgischen Fettschmelze zu Futtermittelherstellern. Dieses Fett enthielt insgesamt 1 g an Dioxinen und 50 kg an PCBs. Bis zu 3000 Hühnerfarmen erhielten das verunreinigte Futter.</p> <p>Im Februar erkrankten die ersten Tiere. In Hühnerprodukten überstieg der PCB-Gehalt das 250fache des Erlaubten. Die Belastung bei Schweinen war geringer. Der Dioxinskandal wurde öffentlich bekannt. Er ging von Belgien aus und hatte Auswirkungen auf die Verbraucher in der Bundesrepublik und den Nachbarländern. Verursacher waren zwölf belgische sowie je ein französischer und niederländischer Mischfutterhersteller, die mit Dioxinen verunreinigtes Fett verarbeitet haben.</p> <p>Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das BML wird durch eine belgische Pressemitteilung und durch das Europäische Schnellwarnsystem über die aufgefundenen Geflügelerzeugnisse mit sehr hohen Dioxinwerten informiert. - Das belgische LWM teilt auf Anfrage mit, daß keine Futtermittel nach Deutschland gelangt seien. - Belgien wird von der EU-Kommission verpflichtet, die Vermarktung aller Geflügelerzeugnisse und daraus hergestellter Lebens- und Futtermittel, die zwischen dem 15.1. – 1.6. hergestellt wurden, zu verbieten. Das Verbot schließt Futtermittel, -fette und Proteine aus Geflügel ein. Die belgische Regierung wird zu umfassenden Kontrollen und Information verpflichtet. - Nach diesem Konzept wird davon ausgegangen, daß von der belasteten Fettcharge keine Futtermittel mehr auf dem Markt sind. - Auf erneute Nachfrage informiert Belgien das BML, daß möglicherweise belastete Futtermittel an zwei Betriebe nach NRW geliefert wurden. Die zuständigen Behörden in NRW wurden informiert und leiteten alle erforderlichen Maßnahmen ein. - Beide Betriebe lieferten ihr Schlachtgeflügel ausschließlich an belgische und niederländische Schlachtbetriebe. - Aus Pressemitteilungen wird bekannt, daß belgische Behörden Untersuchungen von Schweinefleisch veranlaßten. - Aus Unterlagen belgischer Behörden geht hervor, daß bereits im April 99 erhöhte Dioxingehalte in Futtermitteln und im Geflügelfett gefunden wurden. - Das BML kritisiert die Informationspolitik der belgischen Behörden. Nach Bekanntwerden der Schadstoffbelastungen im März 99 hätten die Kommission und die Mitgliedstaaten sofort informiert werden müssen. - Erste Hinweise auf Schadstoffe wurden bereits Mitte Februar/März festgestellt. - In Österreich ist ebenfalls mit Dioxin belastetes Futter aufgetaucht. Nach Auskunft von Toxikologen liege keine Gesundheitsgefährdung bei Lebensmitteln vor, die mit diesen Futtermitteln produziert wurden.
2000	Deutschland	BSE	<p>24. November 2000: Erstmals wird bei einer in Deutschland geborenen Kuh BSE festgestellt. Das mit einem Schnelltest untersuchte Tier stammt aus Schleswig-Holstein.</p> <p>Wichtigste Ereignisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesundheitsministerin Andrea Fischer schreibt Pflichttests an allen geschlachteten Rindern vor, die über 30 Monate alt sind. - 02. Dezember 2000: Das deutsche Tiermehlverbot tritt in Kraft. - 17. Dezember 2000: Der erste BSE-Fall in Bayern wird bestätigt. Die 1995 geborene Kuh aus Sulzberg im Oberallgäu stammte aus einem Familienbetrieb. - 28. Dezember 2000: Der erste BSE-Fall in Niedersachsen wird bekannt. Die vier Jahre alte Kuh aus einem Betrieb in Nortrup bei Bersenbrück im Landkreis Osnabrück war am 20. Dezember notgeschlachtet worden. - Bis zum Ende 2000 steigt die Zahl der BSE-Fälle auf 12 (7 in 2000).
2001	Finnland/ Griechenland/ Japan/ Österreich/ Tschechien/ Slowakei/ Slowenien/	BSE	<p>Der erste BSE-Fall in Finnland, Griechenland, Japan, Österreich, Slowakei, Slowenien und Tschechien.</p> <p>Weltweit ist die Zahl der BSE-Fälle auf 184.645 gestiegen (181.850 in GB).</p>
2001	Deutschland	BSE	<p>Die Zahl der BSE-Fälle in Deutschland ist auf 132 gestiegen. Am meisten betroffen sind: Bayern (64), Niedersachsen (18), Schleswig-Holstein (13) und Baden-Württemberg (12).</p> <p>Gesundheitsministerin Andrea Fischer und Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke treten zurück. Grünen-Chefin Renate Künast wird das neue Verbraucherschutzministerium übernehmen, in dem die Bereiche Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gebündelt werden. SPD-Fraktionsvize Ulla Schmidt wird neue Gesundheitsministerin.</p> <p>Schlachtrinder müssen in Deutschland jetzt bereits ab einem Alter von 24 Monaten auf BSE getestet werden. Bundesverbraucherministerin Renate Künast hat die entsprechende Verordnung unterzeichnet. Diese Verordnung ist Teil der von ihr angekündigten Maßnahmen, die dazu führen sollen, dass in Deutschland nur noch BSE-getestetes Fleisch verkauft wird.</p>

2001	EU/ Deutschland	MKS	<p>Der Ständige Veterinärausschuss der Europäischen Union (EU) hat die Handelsbeschränkungen, die wegen der Maul- und Klauenseuche (MKS) gegen Großbritannien verhängt worden waren, verlängert. Die Maßnahmen, die Exportbeschränkungen für Lebewiehe und Schlachtfleisch sowie Fleisch- und Milchprodukte vorsehen, würden bis zum 18. Mai andauern, teilte die Europäische Kommission in Brüssel mit.</p> <p>Die Handelsbeschränkungen gegen Nordirland und Irland würden aufgehoben, falls dort bis zum 19. April kein weiterer MKS-Fall auftreten sollte. Auch das Exportverbot für französisches Vieh solle am 12. April enden, wenn bis zu diesem Zeitpunkt kein weiterer Fall der Seuche gemeldet werde. Die hoch ansteckende Seuche war nach dem Ausbruch in Großbritannien Mitte März in Frankreich und damit erstmals auf dem europäischen Festland ausgebrochen. In GB sind bislang knapp eine Million Tiere vernichtet worden. In Frankreich wurden zwei Infektionsherde bestätigt. Auch in den Niederlanden und in Irland sind inzwischen MKS-Fälle bestätigt worden.</p> <p>Nach dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Nordrhein-Westfalen, 84% der Bürger in Deutschland sind für Impfungen (Exportverbot).</p>
2001	EU/ Schweden	Acrylamid	<p>Die Swedish National Food Administration hat auf ein bislang nicht bekanntes gesundheitliches Risiko aufmerksam gemacht: Mit einer neuen Analyse-Methode haben schwedische Wissenschaftler unterschiedliche, zum Teil hohe Mengen von Acrylamid in Lebensmitteln nachgewiesen (Pommes-Fries, Knäckebrot...)</p> <p>Acrylamid gilt als erbgutschädigend und krebserregend. Wie die Substanz in die Lebensmittel kommt, ist zur Zeit noch ungeklärt. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass es sich im Herstellungsbeziehungsweise Zubereitungsprozess bei der Erhitzung stärkehaltiger Lebensmittel bildet. Daten zur Acrylamid-Belastung von Lebensmitteln, die auf dem deutschen Markt angeboten werden, liegen bislang nicht vor.</p>
2002	Deutschland	Nitrofen	<p>Nitrofen wurde von Bundesanstalt f. Fleischforschung schon im März 2002 nachgewiesen. Nach bisherigen Erkenntnissen (Mai 2002) sind rund 100 Tonnen mit verunreinigter Öko-Weizen an einen Futtermittelbetrieb in Niedersachsen geliefert worden. Von diesem haben rund 120 Betriebe in mehreren Bundesländern möglicherweise verunreinigtes Futter erhalten. Bundesweit liefen daraufhin Kontrollen an. Vor allem in Niedersachsen, aber auch in Nordrhein-Westfalen wurde die Auslieferung von Waren aus betroffenen Betrieben gestoppt.</p> <p>Neue Enthüllungen im Nitrofen-Skandal: <i>Hannover (29.05.2002):</i> Der Nitrofen-Skandal zieht immer weitere Kreise. Das mit Pflanzengift belastete Tierfutter aus Niedersachsen ist nicht nur an Geflügelbetriebe ausgeliefert worden. Auch Biobetriebe mit Milchkühen und Mastschweinen hätten das Futter erhalten, teilte das niedersächsische Landwirtschaftsministerium mit. Die Futtermittel-Firma GS Agri aus Cloppenburg hat insgesamt 550 Tonnen Öko-Getreide zu Futter verarbeitet und ausgeliefert, obwohl die Belastung mit Nitrofen bekannt war. Möglicherweise stammt das verseuchte Futtergetreide aus Osteuropa, wo Nitrofen teilweise noch erlaubt ist. Die großen Einzelhandelsketten haben wegen des Skandals Bio-Eier aus den Regalen genommen. Auch Geflügelprodukte wurden teilweise zurückgezogen. <i>Hannover (2.06.2002):</i> Die Behörden suchen weiter nach über 100 Tonnen Futtermittel, das möglicherweise mit der krebserregenden Chemikalie Nitrofen vergiftet ist. Es handelt sich um 51 Tonnen Lupinen und 62 Tonnen Weizen, die in einer verseuchten Halle in Mecklenburg-Vorpommern gelagert waren. Das Futtermittel wurde von der norddeutschen Saat- und Pflanzgut AG verkauft. Inzwischen hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen Landwirtschaftsministerin Künast für den Skandal mitverantwortlich gemacht. Das Alarmsystem der Gesundheits- und Lebensmittelbehörden habe versagt. In dem belasteten Futtermittel hatten Chemiker Nitrofen in einer Konzentration nachgewiesen, die 200-tausendfach über dem Grenzwert lag.</p> <p>(17.06.2002) Nitrofen im Weizen stammt aus altem DDR-Giftlager - Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) wirft Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) Versagen vor.</p> <p>Berlin Fz./dpa - Der Skandal um das verbotene Pflanzengift Nitrofen in Öko-Futter ist weitgehend geklärt. Bundesverbraucherministerin Renate Künast gab gestern in Berlin, bekannt, das ursprünglich von einem Bio-Hof aus Stegelitz in Brandenburg stammende Futter sei von einem Zwischenhändler, der Norddeutschen Saat und Pflanzgut AG, in einem ehemaligen DDR-Lager für Pflanzenschutzmittel in Malchin (Mecklenburg-Vorpommern) gelagert worden. Dort wurde das Öko-Futter offensichtlich mit dem Krebs erregenden Nitrofen verunreinigt.</p> <p>Die Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG, an der auch der Raiffeisen-Verband beteiligt ist, lieferte das kontaminierte Futter anschließend an den Futtermittelhersteller GS agri in Cloppenburg. Das Pflanzengift wurde bereits im März in Rückstandsproben nachgewiesen, die Behörden wurden jedoch erst kürzlich informiert.</p> <p>Auf die Spur des Verursachers waren Behörden gekommen, als der Weg des Getreides untersucht wurde. Im Staub des ehemaligen DDR-Lagers wurden zwei Gramm Nitrofen pro Kilogramm gefunden - der Nitrofen-Grenzwert für Futtermittel liegt bei 0,01 Gramm. Unterdessen bestätigte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD), dass in dem zu Futter verarbeiteten Getreide auch die Gifte Lindan und DDT nachgewiesen wurden.</p>

			<p>Bisher wurden in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Nitrofen-Rückstände in Öko-Eiern, Masthähnchen und Futter gefunden. Alle belasteten Tiere hatten Öko-Futter von der Firma GS agri aus Cloppenburg bekommen. Niedersachsen hat der Firma GS agri mittlerweile die Auslieferung von Öko-Futter verboten.</p> <p>Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) warf Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) unterdessen Versagen vor. "Die Verbraucherschutzministerin hat auf der gesamten Linie versagt. Wenn jetzt die Öko-Betriebe in Misskredit geraten, trägt sie allein die politische Verantwortung", sagte Stoiber WELT am SONNTAG. Dies sei umso schlimmer, da Frau Künast versuche, die ökologische Landwirtschaft aus ideologischen Gründen gegen die konventionelle auszuspielen.</p>
2002	Niederlande/ Belgien	Hormon-Skandal	<p>Das synthetisch hergestellte Wachstumshormon MPA (Medroxyprogesteron-azetat) wird in der Humanmedizin unter anderem zur Verhütung und auch in der Tiermedizin eingesetzt. Bei Lebensmittel liefernden Tieren ist es nicht zugelassen. In den Niederlanden waren nach dem MPA-Fund rund 40 Höfe unter Aufsicht gestellt worden.</p> <p>Auch in Belgien wurden Höfe gesperrt, die Ferkel aus den Niederlanden gekauft hatten.</p> <p>Die in den Skandal um hormonverseuchtes Schweinefleisch verwickelte belgische Firma Bioland hatte keine Zulassung für die Herstellung von Tierfutter. Mit einer neu bekannt gewordenen Lieferung aus Belgien hat sich die Zahl der nach Deutschland gebrachten Schweine auf 7500 erhöht. Nach belgischen Presseberichten war der Betrieb nur zur Verwertung von medizinischen Abfällen und solchen aus der Süßwarenwarenindustrie berechtigt. Die flämische Zeitung "De Morgen" berichtete, auch Getränkehersteller hätten von der Firma Bioland in Arendonk (Provinz Antwerpen) Zuckersirup gekauft. Einer der beiden Eigentümer - zwei Brüder aus den Niederlanden - wurde festgenommen (Juli 2002). Ihr Betrieb war bereits im Mai Pleite gegangen. Er steht in keinem Zusammenhang mit dem deutschen Bioland-Verband. Die Staatsanwaltschaft in Turnhout wirft den beiden Inhabern vor, sie hätten wissentlich Hormone unter den Sirup gemischt, obwohl deren Verwendung bei der Mast verboten ist. In Proben, die bei Bioland genommen wurden, konnten Hormone nachgewiesen werden. Der Betrieb lieferte tonnenweise Sirup an zwei Abnehmer in den Niederlande, die daraus Schweinefutter herstellten.</p> <p>Nordrhein-Westfalens Verbraucherministerin Bärbel Höhn (Grüne) forderte inzwischen höhere Strafen für die Täter. "Leute mit krimineller Energie müssen Angst haben, erwischt zu werden", sagte sie der "Welt am Sonntag". Verschärfte Geld- und Gefängnisstrafen gegen die persönliche Verantwortlichen müssten abschreckende Wirkung haben. Zudem verlangte sie eine erhebliche Ausweitung der EU-weiten Kontrollen.</p> <p>Brüssel (15.07.2002): Die Landwirtschaftsminister der EU wollen die Vorschriften für die Herstellung von Tierfutter verschärfen. Das kündigte der Verbraucherschutzkommissar der Europäischen Kommission, Byrne, an. Unter anderem sollen die Futterhersteller registriert und Strafen für Verstöße festgelegt werden. Byrne sagte, Futtermittel seien immer wieder der Ausgangspunkt für Lebensmittelskandale wie bei BSE und Nitrofen.</p> <p>Wegen des Skandals um hormonbelasteten Futterzusatz sind mehrere hundert Bauernhöfe in Deutschland gesperrt. Sie haben Zuckersirup aus Belgien gekauft, dem das Hormon MPA beigemischt wurde. Solcher Sirup wird Schweinen ins Futter gegeben.</p>
2003 Januar	Deutschland	Dioxin-Skandal	<p>Die Überwachungsbehörden hatten Mitte Januar 2003 in einer Probe aus einem Thüringer Futtermittelbetrieb einen deutlich erhöhten Dioxingehalt festgestellt, der den festgelegten Grenzwert pro Kilogramm um mehr als das 17-fache überschritt. Zudem wurde das Gift in Schweinefleisch gefunden.</p> <p>Das Dioxin war durch nasse Holzscheite im Trocknungssofen des Herstellers entstanden. Dadurch waren Backreste und Zwiebackbruch, die zu Futter verarbeitet wurden, kontaminiert worden. Die Behörden gehen davon aus, dass alle seit November 2002 getrockneten Backreste teilweise belastet sind. Der betroffene Futtermittelbetrieb wurde gesperrt. Der Skandal um Dioxin-verseuchtes Futtermittel in Thüringen hat ein weitaus größeres Ausmaß als bisher angenommen. Möglicherweise sind mehr als 1100 Tonnen Futtermittel mit dem Krebs erregenden Stoff belastet, wie ein Sprecher des Thüringer Landwirtschaftsministeriums in Erfurt mitteilte. Das wäre mehr als viermal so viel, wie bisher angenommen. Mit den verdächtigen Chargen wurden demnach Tiermastbetriebe und Mischfutterwerke in den Niederlanden, Thüringen sowie fünf weiteren Bundesländern beliefert. Das Bundesverbraucherministerium rief das Land zu raschem Handeln auf.</p> <p>Bisher war Thüringen von 250 Tonnen belastetem Futtermittel ausgegangen. Eine Sprecherin von Bundesverbraucherministerin Renate Künast (Grüne) zeigte sich "besorgt darüber, dass das Ausmaß doch größer ist, als man bisher angenommen</p>

			<p>hat". Sie forderte die Thüringer Landesregierung auf, schnellstmöglich und umfassend über das Ausmaß der Verseuchung zu informieren. Nach Angaben aus Erfurt dauert die Untersuchung von Futtermittelproben noch an. Bis Mittwoch (19.02.2003) sollten Ergebnisse vorliegen.</p> <p>Die Verbraucherschutzorganisation foodwatch äußerte scharfe Kritik an den Behörden: "Von gewachsener Sensibilität in der Futtermittelbranche nach dem Nitrofen-Skandal ist nichts zu spüren", betonte foodwatch-Sprecher Carsten Direske. Mit den Schlagworten Qualität und Sicherheit werde zwar gern geworben, die Praxis sehe aber anders aus. Er forderte deutlich höhere Strafen für eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch kontaminierte Futtermittel.</p>
2003 Februar-April	Niederlande	Geflügelpest	<p>Niederlande: Vorsichtsmaßnahmen gegen klassische Geflügelpest getroffen</p> <p>Berlin (agrar.de) - In der niederländischen Provinz Gelderland besteht ein ernster Verdacht des Ausbruchs der sogenannten klassischen Geflügelpest (Aviäre Influenza). In sechs Betrieben im Bereich von Barneveld wird die Viruserkrankung vermutet. Derzeit laufen noch die Untersuchungen.</p> <p>Um eine Ausbreitung der Erkrankung zu verhindern, hat das niederländische Landwirtschaftsministerium um die betroffenen Betriebe einen Sperrbezirk von 10 Kilometern eingerichtet. In diesem Bereich dürfen weder lebendes Geflügel, noch Produkte (Eier, Mist und Gülle) transportiert werden. Darüber hinaus wurde für ganz Holland ein Verbringungsverbot für lebendes Geflügel und Bruteier verhängt. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass die Krankheit nach Deutschland eingeschleppt wurde. In den letzten Wochen geliefertes lebendes Geflügel und Bruteier aus den Niederlanden werden von den für die Überwachung zuständigen Veterinärbehörden der Länder überprüft.</p> <p>Die klassische Geflügelpest ist eine hochkontagiöse Erkrankung insbesondere für Hühner und Puten. Die Übertragung erfolgt durch direkten Kontakt der Tiere untereinander oder durch Vektoren wie Menschen, Wildvögel oder Gegenstände, einschließlich Transportmittel und z.B. Eierverpackungsmaterial.</p> <p>Die Bekämpfungsmaßnahmen sind EG-rechtlich harmonisiert. Eine Impfung ist im Fall der klassischen Geflügelpest nicht erlaubt, weil das Virus so infektiös ist, dass eine Beherrschung der Seuche im Ausbruchfall durch Impfungen nicht möglich ist.</p> <p>Bei den klassischen Stämmen des aviären Influenza-A-Virus ist eine Gefährdung für den Menschen nicht gegeben.</p> <p><i>April 2003</i></p> <p>Geflügelpest: 700.000 Hühner in Belgien geschlachtet</p> <p>Die belgische Regierung hat im Kampf gegen die Geflügelpest in den vergangenen Tagen mehr als 700.000 Hühner schlachten lassen. Die in den vergangenen vier Tagen vorgenommenen Schlachtungen betrafen 28 Zuchtbetriebe, wie das Gesundheitsministerium in Brüssel mitteilte. Diese lägen in der Nähe von drei belgischen und einer niederländischen Zuchtstätte, in denen die Seuche Ende vergangener Woche aufgetreten war. Die Tiere seien durch Kohlenmonoxid oder Injektionen getötet worden.</p> <p>Nach dem Tod eines niederländischen Veterinärs an der Seuche begann die belgische Regierung am Wochenende zudem mit Schutzmaßnahmen für Menschen, die direkten Kontakt zu infizierten Tieren hatten. Etwa 130 mit den Schlachtungen beauftragte Personen sowie 250 Bauern einschließlich ihrer Familienangehörigen hätten Impfstoff und Anti-Virus-Mittel erhalten. Die Geflügelpest stelle jedoch generell keine Gefahr für die Bevölkerung dar, betonte ein Ministeriumssprecher. Die Geflügelpest war erstmals Anfang März in den Niederlanden aufgetaucht. In dem Nachbarland Belgiens sind bislang mehr als 230 Zuchtbetriebe verseucht.</p>
2003 Mai	Deutschland	Geflügelpest	<p>Geflügelpestverdacht in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Viersen (agrar.de) - Auf einem Hof in Schwalmatal/Kreis Viersen (Nordrhein-Westfalen) ist am 8. Mai 2003 ein ernster Verdacht auf Geflügelpest festgestellt worden. Erste Untersuchungen des staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes Krefeld lassen befürchten, dass der erste Fall von Geflügelpest nun auch in Deutschland aufgetreten ist. Ein Schnelltest des Amtes bestätigte erste Befürchtungen. Ein endgültiges Ergebnis, ob es sich tatsächlich um die Geflügelpest handelt, wird erst nach sieben Tagen vorliegen.</p> <p>Der betroffene Mastbetrieb hat einen Bestand von rund 32.000 Masthähnchen, der Bestand muss vollständig getötet werden. Die Behörden haben erste Sperrmaßnahmen getroffen. Die Polizei sperrt die Straßen um das Gehöft im Ein-Kilometer-Bereich weiträumig ab, die Feuerwehr hat eine Desinfektionsschleuse am betroffenen Betrieb eingerichtet.</p> <p>Im 1000-Meter-Bereich rund um das betroffene Gehöft müssen alle Geflügelbestände getötet werden. Bekannt sind dem Veterinäramt des Kreises Viersen sieben, allerdings wesentlich kleinere Geflügelhalter. (...)</p>
2003 Nov.	Israel	Babymilch-Humana	<p>Nach dem Tod von drei Babys in Israel ermitteln die dortige Polizei und zwei Geheimdienste gegen den deutschen Hersteller Humana. Hergestellt wird "Remedia" aber von der "Humana Milchunion eG" in Everswinkel (Nordrhein-</p>

			Westfalen). Ihr wird nun von den israelischen Behörden vorgeworfen, das Milchpulver enthalte kein Vitamin B1 (für die Entwicklung des Nervensystems). Ein Vertreter von Remedia sagte am 11.11.2003, Humana habe die Rezeptur von sich aus geändert. Die Firma habe den künstlichen Vitaminzusatz B1 entfernt, weil man der Meinung gewesen sei, dass die natürlichen Spurenelemente des Vitamins in den Sojabohnen ausreichend seien. Gegen die Firma Remedia wurden inzwischen Privatklagen in Höhe von umgerechnet mehr als 200 Million Euro eingereicht.
2003 Dez.	USA	BSE	Washington (Reuters) - Die erste an der Rinderseuche BSE erkrankte Kuh, die in den USA entdeckt wurde, stammt nach offiziellen Angaben aus Kanada. DNA-Tests hätten ergeben, dass die Holstein-Kuh von einem Hof aus der kanadischen Provinz Alberta stamme, sagte US-Chefveterinär Ron DeHaven am Dienstag. Sein kanadischer Kollege Brian Evans sagte, knapp 100 Tiere aus der betroffenen kanadischen Herde seien in die USA transportiert worden. 80 oder 81 Rinder der Herde seien im September 2001 in die USA gebracht worden. Eine zweite Gruppe von 17 Tieren sei dann später in die USA transportiert worden. Eine kleine Zahl weitere BSE-Fälle sei nicht auszuschließen, sagte Evans.
2004	Asien, USA	Geflügelpest „Vogelgrippe“	Die Geflügelpest grassiert in ostasiatischen Ländern. Millionen Hühner wurden deshalb bereits getötet. Januar 2004: Bei Menschen ist die Krankheit bislang nur in Vietnam und Thailand aufgetreten. Aus fünf chinesischen Regionen wurden mehrere Verdachtsfälle von Geflügelpest bei Hühnern gemeldet. Auch in der entlegenen Provinz Xinjiang im äußersten Nordwesten soll die Krankheit erstmals aufgetreten sein. Angesichts der in Asien grassierenden Vogelgrippe verhängte die EU einen Importstopp für Geflügel aus den Risikoländern Asiens. Japan als größter Abnehmer verhängte auch einen Importstopp. Die WHO untersucht noch, ob inzwischen auch eine Übertragung des Erregers von Mensch zu Mensch möglich ist. Geflügelpest - auch als "Vogelgrippe" bezeichnet - kann nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einem größeren Problem werden als die Lungenseuche SARS. "Wenn der Virus die Fähigkeit entwickelt, sich von Mensch zu Mensch zu übertragen, dann droht eine gewaltige Gesundheitskrise", sagte WHO-Koordinator Peter Cordingley in der philippinischen Hauptstadt Manila. Februar 2004: Vogelgrippe grassiert auch in den USA. Nach dem Nachweis der Vogelgrippe auf einer Geflügelfarm im US-Bundesstaat Delaware haben mehrere asiatische Länder einen Einfuhrstopp für Geflügel aus den USA verhängt. Bei dem auf einer Farm nachgewiesenen Virus handelt es sich laut Behörden um einen für Menschen ungefährlichen Erreger, der nicht mit dem Virenstamm H5 identisch ist, der für die Vogelgrippe in Asien verantwortlich ist. Die 12.000 Hühner des Betriebs wurden notgeschlachtet. Februar 2004: Vogelgrippe nun auch in Japan Führender Geflügelunternehmer verkaufte trotz Epidemie weiter Hühner und Eier Tokio - Als zehntes Land in Asien ist jetzt auch Japan von der Vogelgrippe betroffen. Landwirtschaftsminister Yoshiyuki Kamei teilte am Sonntag (29.02.2004) in Tokio mit, dass in Tests eine Variante des H5-Erregers nachgewiesen worden sei. Der Minister kritisierte einen führenden Geflügelunternehmer, auf dessen Farm im Südwesten Japans in der vergangenen Woche 67.000 von 200.000 Hühnern gestorben sind. Dennoch habe Hajimu Asada weiter Hühner und Eier verkauft, ohne die Behörden zu alarmieren, sagte der Minister. Der Vorfall sei auch deswegen besonders ärgerlich, weil Asada der stellvertretende Vorsitzende des Verbands der Geflügelzüchter sei. März 2004: (Stg. Nachrichten, 22.03.2004) Die Vogelgrippe hat in Asien mittlerweile 24 Menschen das Leben gekostet. In Vietnam ist ein Zwölfjähriger an dem gefährlichen Geflügelpesterreger H5N1 gestorben. Damit erlagen in Vietnam mittlerweile mindestens 16 Menschen der Viruskrankheit, in Thailand 8. Nach Unschätzungen sind in Asien etwa 100 Millionen Tiere an der Seuche gestorben oder getötet worden. Grippe-Pandemie: Fachleute befürchten nach dem Auftreten der Vogelgrippe in mehreren asiatischen Ländern jetzt eine neue tödliche Grippe-Pandemie, also eine in weiten Teilen der Welt gleichzeitig auftretende Epidemie. Drei bis vier Mal pro Jahrhundert treten solche Grippewellen normalerweise auf. Die Spanische Grippe von 1918/19 kostete schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Menschen das Leben.
2004	Griechenland, Italien, Spanien,	Mittelmeer-Muscheln	Mai 2004: Tropenmediziner warnen vor Mittelmeer-Muscheln. Nach Angaben des Münchener Tropeninstituts enthält ein großer Teil der Muscheln aus dem Mittelmeer Hepatitis A Viren. 20 Prozent der Muscheln seien sogar 'hochinfektiös'. Die Mediziner raten daher jedem, der gerne diese Schalentiere verspeist, sich gegen Gelbsucht impfen zu lassen, bevor sie ans Mittelmeer fahren. Gutes Abkochen bei Temperaturen über 70 Grad würden die Erreger allerdings auch töten. Die neuen Forschungsergebnisse, die unter anderem aus Studien aus Italien, Spanien und Griechenland bestehen, erklären nach Angaben von Professor Thomas Löscher, warum Hepatitis A in Deutschland besonders nach den Ferien auftritt.

			Die in der Studie untersuchten Muscheln stammten aus fünf Regionen Südtaliens. Drei Jahre haben italienische Forscher dort die Qualität von Muscheln auf Fischmärkten untersucht. Nach Angaben des Tropeninstitutes sind allerdings nicht nur Miesmuscheln aus Italien verunreinigt. Andere Studien hätten entsprechende Befunde für solche Meeresfrüchte aus Griechenland und Spanien geliefert.
--	--	--	---

Quelle: *Internet Recherche – Georg Walker*

Wichtigste Informationsorganisationen:

- **Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände** e.V. Pressemitteilung, Hrsg. AgV, Bonn
- **aid –Verbraucherdienst**, Hrsg. Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V., Bonn
- **bgvv Pressedienst**, Hrsg. Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Berlin
- **BLL**, Hrsg. Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V., Bonn
- **Bpi-pressemitteilung**, Hrsg. Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt/Main
- **Bundesministerium für Gesundheit**, Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit, Pressereferat, Bonn
- **Bundesrat Pressemitteilung**, Hrsg. Pressestelle des Bundesrates, Bonn
- **Bundesrat**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **BMELF-Informationen**, Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn
- **CMA**, Hrsg. Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, Bonn
- **Deutscher Bundestag**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **DGE**, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., Frankfurt/M.
- **Europäische Notizen aus Großbritannien**, Hrsg. Britische Botschaft Bonn, Presseabteilung
- **Europäische Kommission, Generaldirektion XXIV**, Verbraucherpolitik, Hrsg., Brüssel
- **Greenpeace Magazin**; Hrsg. Greenpeace Umweltschutzverlag GmbH, Hamburg
- **Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit**, Hrsg. HMJFG, Pressereferat, Wiesbaden
- **KnackPunkt**, Aktuelles für Multiplikatoren im Bereich Ernährung; Hrsg.: Verbraucher–Zentrale NRW e.V., Düsseldorf
- **Pressestellen der Verbraucherzentralen** (Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, u.a.), Hrsg.
- **SPD PRESSE**, Hrsg. Dr. P. Struck, MdB, SPD-AG Verbraucherpolitik
- **Verbraucherpolitische Korrespondenz**, Hrsg. AgV, Bonn
- **V.T., Verbraucher Telegramm**, Hrsg. Verbraucher Initiative e.V., Bonn
- **Westdeutscher Rundfunk Köln, Pressestelle**, Hrsg.

Georg Walker

[Vogelgrippe link](#)